



Umwelt-, Natur- und Tierschutz, Verbraucherschutz und Landwirtschaft

Wir wollen eine intakte und vielfältige Natur erhalten. Eine gesunde Umwelt ist die Lebensgrundlage für alle Menschen und zukünftige Generationen.

- Keine EU-weite Liberalisierung und Kommerzialisierung des Wassermarkts
- Keinen weiteren Ausbau der Windenergie, denn er bringt mehr Schaden als Nutzen.
- Den Handel, die Bewerbung und die Einfuhr von Fleisch aus tierquälerischer Schlachtung (Schächten) lehnt die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag ab.
- Wir setzen uns für eine Renationalisierung des Verbraucherschutzes ein.
- Für gentechnikfrei erzeugte Lebensmittel aus der deutschen Landwirtschaft. Der streng kontrollierte Einsatz der Gentechnik in Forschung und Wissenschaft bleibt erlaubt.

Islam

Die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag erkennt die verfassungskonforme Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit an. Sie fordert, der Religionsausübung dort Schranken zu setzen, wo die Grundrechte anderer oder die allgemeinen Menschenrechte verletzt werden.

- Ein Islam, der unsere Rechtsordnung nicht respektiert und einen Herrschaftsanspruch erhebt, ist mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung Deutschlands nicht vereinbar.
- Keine Finanzierung von Moscheen durch islamische Staaten oder ausländische Geldgeber
- Verbot der Vollverschleierung in der Öffentlichkeit und im öffentlichen Dienst
- Minarett und Muezzin-Ruf stehen im Widerspruch zu einem toleranten Nebeneinander.
- Die islamtheologischen Lehrstühle an deutschen Universitäten sind abzuschaffen und die Stellen der bekenntnisneutralen Islamwissenschaft zu übertragen.



Die Fraktionsvorsitzenden Dr. Alexander Gauland und Dr. Alice Weidel

„Wir wollen Deutschland reformieren und an die Prinzipien und Wurzeln anknüpfen, die erst zu seinem sozialen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Erfolg geführt haben.“

Aus dem AfD-Programm



FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030/227-57141 und -57143

Telefax: 030/227-56243

E-Mail: buerger@afdbundestag.de

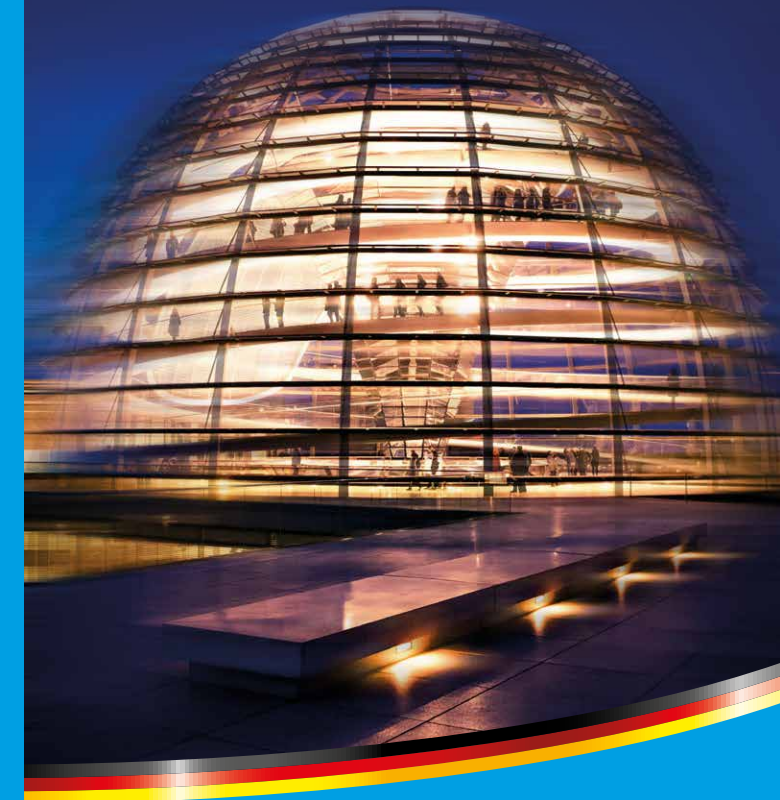
Webseite: www.afdbundestag.de

Facebook: www.facebook.com/afdimbundestag/

Twitter: www.twitter.com/AfDimBundestag

MUT ZU DEUTSCHLAND

Die politischen Ziele der
AfD-Bundestagsfraktion



FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG



Demokratie in Deutschland

Wir wollen Deutschland reformieren und den souveränen, demokratischen Nationalstaat erhalten. Die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag will die Mitbestimmung der Bürger stärken und die Demokratie lebendiger machen.

- Volksabstimmungen nach Schweizer Vorbild
- Direktwahl des Bundespräsidenten durch das Volk
- Neugestaltung des Wahlsystems mit freier Listenwahl
- Parteienfinanzierung neu regeln und Großspenden beschneiden
- Einführung eines Straftatbestandes der Steuergeldverschwendung
- Lobbyismus eindämmen und Nebentätigkeiten der Abgeordneten einschränken

Euro, Geld- und Finanzpolitik

Die Geschäftsgrundlage des Euro war: Keine Haftung für die Schulden anderer Länder und keine Staatsschulden über 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Diese Regeln sind zerstört worden.

- Deutschland muss die Transferunion aufkündigen und den Euroraum verlassen.
- Die AfD-Fraktion fordert ein Ende der Enteignungspolitik der EZB für Sparer und Rentner.
- Keine deutsche Haftung für ausländische Banken
- Dauerhafter Erhalt des Bargelds als Zahlungsmittel
- Vorkehrungen für Wiedereinführung der „Deutschen Mark“ treffen

Außen- und Sicherheitspolitik

Die AfD-Fraktion bekennt sich zu den Werten der Charta der Vereinten Nationen und des Völkerrechts. Wir setzen uns für eine an deutschen Interessen ausgerichtete Außenpolitik ein.

- Grundlegende Reform der Europäischen Union oder Austritt aus der bestehenden EU
- Nein zu den „Vereinigten Staaten von Europa“
- Erhalt des souveränen, demokratischen Nationalstaates
- Eine EU-Armee oder den Einsatz deutscher Streitkräfte für fremde Interessen lehnen wir ab.
- Beendigung der Sanktionen gegenüber Russland – wirtschaftliche Zusammenarbeit vertiefen
- Kein Beitritt der Türkei zur EU und sofortiges Ende aller Beitrittsverhandlungen
- Deutschland muss sich selbst verteidigen, daher Wiedereinsetzung der Wehrpflicht.

Innere Sicherheit

Terror und Kriminalität sind keine Naturereignisse, die man kritiklos hinnehmen muss. Sie sind menschengemacht und haben Ursachen, die man bekämpfen kann. Genau das wollen wir tun.

- Erleichterung der Ausweisung auch schon bei geringfügiger Kriminalität
- Ermöglichung der Unterbringung nicht abschiebbarer Krimineller im Ausland aufgrund bilateraler Vereinbarungen mit geeigneten Staaten
- Ausbürgerung bei erheblicher Kriminalität bzw. bei Zugehörigkeit zu Terrororganisationen
- Jugendliche Intensivtäter härter bestrafen – Strafmündigkeitsalter herabsetzen
- Polizei stärken – Polizisten besser ausrüsten und bezahlen
- Die Umsetzung der EU-Feuerwaffenrichtlinie lehnen wir ab, der Waffenbesitz für gesetzestreue Bürger ist zu erleichtern.

Zuwanderung und Asyl

Die Zukunft Deutschlands und Europas muss langfristig gesichert werden. Wir wollen unseren Nachkommen ein Land hinterlassen, das noch als unser Deutschland erkennbar ist.

- Keine weitere Einwanderung in die Sozialsysteme – Sozialstaat braucht Grenzen

- Wir wollen selbst entscheiden, wer zu uns kommt – qualifizierter Zuzug nur nach Bedarf.
- Strenge Kontrollen an den Grenzübergängen und die Überwachung der grünen Grenze
- Sichere Identifizierung von Asylbewerbern ermöglichen
- Die doppelte Staatsbürgerschaft soll auf wohlbegründete Sonderfälle beschränkt werden.
- Wir fordern die nationale Souveränität bei jeder Form der Zuwanderung.

Willkommenskultur für Kinder und Familien

Die Familienpolitik soll den Maßstab für alle mit ihr verbundenen Politikfelder setzen, eine kinderfreundliche Gesellschaft und der Erhalt des Staatsvolks sind in das Grundgesetz aufzunehmen.

- Kinder brauchen beide Eltern – Väter bei Trennung und Scheidung stärken.
- Elterliche Betreuung finanziell genauso unterstützen wie Kitas und Tagesmütter
- Familiensplitting soll über angemessene Freibeträge pro Familienmitglied zu einer spürbaren Entlastung von Familien führen.
- Kinder dürfen nicht länger ein Armutsrisiko sein.
- Die traditionelle Familie und die Ehe von Mann und Frau im Sinne des Artikel 6 (1) Grundgesetz weiterhin schützen
- Fürsorge für pflegebedürftige Angehörige besser unterstützen
- Keine Mittel für die „Gender-Forschung“ mehr bereitstellen – Frühsexualisierung stoppen

Bildung und Schule

Wir fordern die Abkehr von geschwätziger Kompetenzorientierung und die Rückkehr zur Vermittlung von Fachwissen als zentrales Anliegen der Schule.

- Keine Ökonomisierung und Globalisierung des deutschen Bildungswesens
- Wir wollen die bewährten Diplom- und Magisterstudiengänge wieder einführen.
- Berufliche Bildung stärken – mehr Meister statt Master
- Autonomie der Hochschulen stärken – Freiheit von Forschung und Lehre bewahren

- Islamunterricht gehört nicht an deutsche Schulen.
- Erziehung mündiger Bürger – keine politische Indoktrination in den Klassenzimmern

Kultur und Medien

Wir bekennen uns zur deutschen Leitkultur. Die AfD-Fraktion wird nicht zulassen, dass Deutschland aus falsch verstandener Toleranz sein kulturelles Gesicht verliert.

- „Politisch korrekte“ Sprachvorgaben lehnen wir entschieden ab, weil sie einer natürlichen Sprachentwicklung entgegenstehen und die Meinungsfreiheit einengen.
- Der Rundfunkbeitrag (GEZ-Gebühr) ist abzuschaffen, damit in Zukunft jeder Bürger frei entscheiden kann, ob er das öffentlich-rechtliche Angebot empfangen und bezahlen will.
- Für „politisch korrekte“ Kunst und Kultur darf es keine staatlichen Anreize geben.
- Das Internet als Medium der Kommunikation, Information und freien Meinungsäußerung darf abseits der Verfolgung von Straftaten keinerlei Beschränkung und Zensur unterliegen.

Steuern und Finanzen, Wirtschaft und Arbeit

Unser Steuersystem ist das komplexeste der Welt. Eine Vereinfachung wurde von den etablierten Parteien schon lange versprochen, aber nie realisiert. Es ist Zeit für eine grundlegende Reform.

- Reduzierung der Steuer- und Abgabenquote – Reformierung der Steuersysteme
- Abschaffung der Erbschaftsteuer – keine Reaktivierung der Vermögensteuer
- Für einen gesetzlichen Mindestlohn, da dieser die Interessen der Niedriglohneempfänger stärkt.
- Gesetzliche Obergrenze von 15 Prozent der Beschäftigten mit Leih- oder Werkverträgen
- Abbau von Subventionen – neue Subventionen zeitlich befristen
- Schutz der Sparer und Kunden vor Bankeninsolvenzen
- Wirtschaft stärken, Bürger schützen – wir lehnen CETA, TISA und TTIP ab.

Sozialpolitik

Unser Sozialstaat kann nur erhalten werden, wenn die geforderte finanzielle Solidarität innerhalb einer klar definierten und begrenzten Gemeinschaft erbracht wird. Sozialstaat braucht Grenzen!

- Die Auflösung des Nationalstaats führt zur Gefährdung unserer sozialen Errungenschaften.
- Die AfD-Bundestagsfraktion setzt sich für die nachhaltige steuerliche Entlastung von Familien ein.
- Erziehungszeiten müssen eine deutliche Rentenerhöhung zur Folge haben.
- Grundsicherung im Alter – Wer gearbeitet hat, muss später mehr haben.
- Längere Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I in Abhängigkeit der Dauer der Vorbeschäftigung
- Der Selbstbehalt bei der Berechnung von Arbeitslosengeld II ist sanktionsfrei zu erhöhen.

Gesundheitssystem

Wir setzen uns für eine leistungsfähige, flächendeckende und möglichst wohnortnahe medizinische Versorgung für alle Bürger ein, sowohl im ambulanten als auch im stationären Bereich.

- Ärztliche Versorgung auf dem Land sicherstellen – mehr Anreize für Ärzte schaffen
- Dem Pflegenotstand entgegenwirken – mehr Pflegepersonal in Krankenhäusern
- Wir unterstützen die Trägervielfalt im Krankenhauswesen und lehnen die Entwicklung hin zu einer Monopolbildung entschieden ab.
- Das deutsch-türkische Sozialversicherungsabkommen kündigen
- Keine zentrale Datenbank zur Speicherung sensibler Gesundheitsdaten
- Alternative Behandlungsmethoden als Ergänzung in bestimmten Bereichen

*V.i.S.d.P.: AfD-Bundestagsfraktion
Alexander Gauland MdB und Alice Weidel MdB, Fraktionsvorsitzende, Platz der Republik 1, 11011 Berlin*

Herstellung: Fraktionsverwaltung | Fotos: shutterstock.com (Titel, S. 9), AfD (S. 2, 7, 9)

Diese Veröffentlichung ist eine Information über die Arbeit der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sie darf nicht im Wahlkampf zur Wahlwerbung eingesetzt werden.